



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor einer Woche haben wir Frank-Walter Steinmeier zum künftigen Bundespräsidenten gewählt. Er wird am 19. März Joachim Gauck im Amt ablösen. Mit Gauck scheidet eine Persönlichkeit aus der aktiven Politik, der mit seiner versöhnenden und ausgleichenden, aber manchmal eindringlichen Art dem Amt und auch dem Land seinen Stempel aufgedrückt hat. Von Steinmeier dürfen

wir erwarten, dass er Parteipolitik nun zurückstellt und zu einem Präsidenten aller Deutschen wird.

Ein wichtiges Signal für Handwerk und Mittelstand ist die Anhebung der Sofortabschreibung auf 1.000 Euro. Bisher liegt die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter bei 410 Euro. Dieser Wert war seit 50 Jahren nicht mehr erhöht worden, so dass eine Anpassung dringend erforderlich wurde. Dieser Beschluss, für den sich die

Landesgruppe Brandenburg eingesetzt hat, ist eine massive Entlastung von Bürokratie und verbessert die Planbarkeit sowie die Förderung von Investitionen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,

Ihr

## Treffen des Tibet-Gesprächskreises

Am Dienstag (14.2.2017) war die Tibetanerin Nyima Lhamo zu Besuch beim Tibet-Gesprächskreis des Deutschen Bundestages. Nyima Lhamo ist die Nichte von Tenzin Delek Rinpo-

che, der widerrechtlich wegen seiner angeblichen Verwicklung in einen Sprengstoffanschlag zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war. Er starb mit 65 Jahren im

13. Jahr chinesischer Gefangenschaft. Er genoss wegen seines Engagements für den Erhalt der tibetischen Kultur und der Umwelt unter den Tibetern großes Ansehen.



## Aktuelle Menschenrechtsslage im Iran



v. l.: Sturan Stevenson (schottischer Politiker), Ulrike Becker (Mideast Freedom Forum Berlin e.V.), Helmut Uwer (Moderator), Mirjam Rosenstein (Vorsitzende NAFFO e.V.), Thomas Nord, MdB, Shabnam Madadzadeh (Zeugin)

Am Dienstag, den 14.02.2017, lud ich zusammen mit Otto Bernhardt, Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, Fachexperten und Politiker zum Informationsgespräch zum Thema „Aktuelle Menschen-

rechtsslage im Iran zum Thema zu machen.

Alle Podiumsteilnehmer waren sich in ihren Äußerungen einig. Mirijam Rosenstein vom Nahost Friedensforum

Freedom Forum Berlin (MFFB) betonte, der Iran treffe die Schwachstellen der europäischen Staaten und zwar gemeinsame Außenpolitik. Besonders stark kritisierte der schottische Politiker Struan Stevenson (Konservative Partei) Hassan Rohani, indem er den iranischen Präsidenten als größten Terror-Sponsor bezeichnete. Shabnam Madadzadeh berichtete von ihren Erfahrungen bei den oppositionellen Volksmujahedin im Iran.

Nach der offenen Diskussion am Dienstagabend würde ich folgende Bilanz ziehen: Man darf mit Iran nicht über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit verhandeln, ohne dabei die Menschenrechtsverletzungen mit einzubeziehen. Jeder einzelne Menschenrechtsverstoß sollte dokumentiert werden. Wir als Menschenrechtler sind aufgefordert, darauf zu reagieren und ein klares Bekenntnis abzugeben.



v.l. : Shabnam Madadzadeh (Zeugin), Ulrike Becker (Mideast Freedom Forum Berlin e.V.), Sturan Stevenson (schottischer Politiker), Mirjam Rosenstein (Vorsitzende NAFFO e.V.)

rechtsslage und notwendige humanitäre Hilfe im Iran und der Region“ ein. In dem Bemühen, die Atomvereinbarung mit dem Iran zustande zu bringen, haben es die westlichen Verhandlungsstaaten (5+1) zugelassen, dass das Problem der iranischen Atomrüstung ohne Bezug auf die Lage der Menschenrechte behandelt wurde. Kein einziger Satz zu Menschenrechten steht im Nuklearabkommen. Im Iran werden weiterhin Menschen in steigenden Zahlen im Verhältnis zur Einwohnerzahl hingerichtet. Und gerade des-

(NAFFO) sprach von der Unberechenbarkeit der iranischen Regierung, was die Lage im Nah- und Mittleren Osten noch zuspitzen würde. Ulrike Becker vom Mideast



## Wie werden Wölfe zu Wölfen?

Am Donnerstag (16.2.2017) habe ich im Bundestag zum Antrag „Bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus“ von Bündnis 90/Grüne gesprochen. Aus Zeitgründen konnte ich nicht meine ganze Rede halten. Hier folgt nun der zweite Teil:

Die Bekämpfung von gewaltbareitem Islamismus kann ohne staatliche Repression nicht auskommen. Die Aufklärung und Begleitung von insbesondere jungen Menschen durch spezifische, von der Bundesregierung geförderte Programme wie „Demokratie leben!“ (die übrigens im Haushalt 2017 um über hundert Prozent erhöht wurden) u.a. sind unverzichtbar. Dennoch setzt die mögliche und notwendige Prävention hier entscheidend zu spät an.

Ich habe vor kurzem eine Ausstellung mit dem Titel „Die Wölfe sind zurück... was nun?“ besucht. Es handelt sich dabei um eine Ausstellung des Künstlers Rainer Opolka (aus meinem Wahlkreis) gegen Hass und Gewalt, die in mehreren Großstädten Deutschlands gezeigt wurde.

Der Gedanke, der mich in diesem Zusammenhang und eigentlich schon seit geraumer Zeit bewegt, ist, das sogenannte „Wölfe nicht als Wölfe geboren werden“, sondern dass diese Kinder aus zumeist in Liebe verbundenen Partnerschaften sind, sozialisiert in unseren Kitas und unseren Schulen.

Ich möchte hier drei nach meiner Meinung wichtige Ansatzpunkte dringend erforderlicher Intervention aufzeigen.

### 1. Empathie

Der erste und wichtigste Punkt ist die Ausbildung von Empathie, die bislang in allen Betrachtungen ungenügend Beachtung gefunden hat, die aber wesentliche Grundlage für die Ausbildung von Toleranz und gelingender Kommunikation ist.

Der Pädagoge Burghard Gassner zitiert in seinem Buch „Empathie in der Pädagogik: Theorien, Implikationen, Bedeutung, Umsetzung“ Langzeituntersuchungen, die belegen, „wie eine lang andauernde fehlende oder versagende emotionale Zuwendung durch eine Bezugsperson gegenüber einem Kind zu schweren irreversiblen physischen und psychischen Folgeschäden, zu einer mangelnden Sozialfähigkeit und einem Verlust der Empathiefähigkeit geführt haben.“

Gassner verweist auf eine weitere Studie, in der die Autoren darauf aufmerksam machen, „dass jene Kinder, die Missbrauch, Misshandlung, Vernachlässigung oder unangenehmes elterliches Verhalten aufgrund mütterlicher Depression oder Hilflosigkeit erfahren haben, immer ein besonders geringes Bindungssicherheitsgefühl gezeigt hätten, wodurch die Sozialfähigkeit dieser Kinder erheblich beeinträchtigt worden sei. Sie folgern daraus, dass jene Kinder keine Fähigkeit zur emotionalen Regulati-

on entwickeln haben können.“

Fallbeispiel: Denis Cusbert

Ein Beispiel für mangelnde Empathie ist der ehemalige Rapper und heutige IS-Terrorist Denis Cusbert aus Berlin. Er wuchs praktisch ohne Vater auf. Sein aus Ghana stammender leiblicher Vater wurde abgeschoben, bevor Cusbert geboren war. Sein Stiefvater, mit dem es immer wieder zu Konflikten kam, war ein Angehöriger der US-Armee. Als Jugendlicher schloss er sich einer Gang an und verkehrte in kriminellen Milieus. Er war mehrfach im Gefängnis, u.a. wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Sein Versuch, mit einer Plattenfirma Geld zu verdienen, scheiterte. Wo er sich derzeit aufhält ist unbekannt. Immer wieder gibt es Berichte, er sei in Syrien getötet worden, die dann wieder dementiert werden.

Dieses Fallbeispiel lässt exemplarisch erkennen, wie emotionales Mangelmilieu, Fehlen verlässlicher emotionaler und wertbildender Beziehung die Anfälligkeit für radikale Ideologien respektive Gruppen wesentlich erhöht.

2. Mit einem zweiten Fallbeispiel möchte ich auf mehrfach beschriebene Biographien von jungen Islamisten aufmerksam machen, die auf der Suche nach Sinn und Bedeutung ihres Lebens in die Fänge von religiösen Hasspredigern kamen.

**Fortsetzung nächste Seite**

## Wie werden Wölfe zu Wölfen? (Fortsetzung)

In einem ARD-Fernsehbericht von 2014 beschreibt eine Mutter ihren Sohn als netten sympathischen jungen Mann. In der Schule hat er sich mit Gleichaltrigen schwer getan, bis er Freunde unter ausländischen Jugendlichen fand und zum Islam konvertierte. Die Mutter ist hilflos, aber versichert ihrem Sohn, weiter zu ihm zu halten. Der Sohn lebt nach wie vor bei den Eltern, aber die wissen wenig über sein aktuelles Leben.

Junge Männer und Frauen verführte solche Entwicklung bzw. das Fehlen sinnstiftender Erfahrungen mit Menschen nicht nur zu Links- und Rechtsextremismus, sondern auch zum Salafismus. Bewusst oder unbewusst suchen sie nach Sinn für ihr Leben, der über Konsum und Spaß hinaus ihrem individuellen Leben Bedeutung gibt.

Die beiden Beispiele belegen für mich anschaulich, wie Sozialisationsdefizite die Entwicklung von Menschen zu Extremisten verursachen oder begünstigen.

### 3. Rolle und Bedeutung der muslimischen Mütter

Ein drittes Phänomen aus der islamischen Sozialisation möchte ich noch hin zufügen. In ihrem Buch „Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen“ macht die Islamkritikerin Zana Ramadani die islamischen Mütter für das Pascha-Gehabe ihrer Söhne verantwortlich. Danach wird das Frauenbild dieser jungen Männer, das wir in seiner erschreckends-

ten Form in der Silvesternacht in Köln vor einem Jahr erlebt haben, so in der gesamten islamischen Welt gelebt. Muslimische Männer werden mit einem höchst verächtlichen Frauenbild großgezogen.

Die Erziehung ist fast ausschließlich Sache der Frauen, also der Mütter, die ihre Söhne genau zu diesem Herrschaftsanspruch über Frauen erziehen, der nicht von ungefähr zu allgemeiner Gewalt sowie zu repressivem und schließlich extremistischem Verhalten mutiert.

Es ist an der Zeit, dass wir begreifen, dass solche Sozialisation nichts mit dem Islam zu tun hat. Wir müssen Frauen informieren, und in ihrer Rolle stärken für den Umgang mit Männern.

Das bedeutet, dass nicht zuletzt, das wir im Interesse von

Menschenrechten auch kritisch dem Islam als solchen gegenstehen müssen, wenn sich aus ihm Gewalt generiert. Ich bezweifle allerdings, dass allein Repressionen in der Bewusstseinsentwicklung von Menschen die erwünschten Wirkungen erzielen. Hilfreich sind in erster Linie lebendige Kontakte von Mensch zu Mensch, gegenseitiger Austausch, überzeugendes Vorleben unserer demokratischen Werte und des respektvollen Miteinander. Damit schaffen wir Anreize für ein „besseres Leben“. Diesem Bemühen müssen wir uns besonders im Integrationsprozess widmen. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche und unerlässliche Aufgabe, die obendrein unsere eigene Entwicklung fördern kann.

## Wir stärken die Rente

Gute Nachrichten für Rentnerinnen und Rentner in Deutschland: Die CDU-geführte Bundesregierung bringt weitere Verbesserungen in der Rente auf den Weg. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr voll erwerbstätig ist, erhält künftig eine höhere Rente. Gleichzeitig gibt es einen klaren Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West bis 2025.

Höhere Rente bei Erwerbsunfähigkeit. Wer nach Unfall oder Krankheit im Beruf aufhören muss, erhält künftig mehr Berufsjahre angerechnet. Die sogenannte Zurechnungszeit wird von 2018 bis 2024 stufenweise von 62 auf 65 Jahre angehoben.

Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland. Die Angleichung soll 2018 beginnen. Sie soll in sieben Schritten vollzogen werden. Zum 1. Juli 2024 wird in Deutschland ein einheitlicher Rentenwert gelten. Ab 2025 wird es dann keine Unterschiede mehr bei der Rentenberechnung geben.

Stärkung von Betriebsrenten. Betriebsrenten müssen sich auch für Menschen mit geringem Einkommen lohnen. Deshalb wollen wir einen Steuerzuschuss für Geringverdiener einführen. In kleinen Betrieben müssen Betriebsrenten einfacher möglich werden. Dafür können die Tarifpartner künftig ein neues Modell anbieten.

## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer  
Oleksii Kysliak

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439

[martin.patzelt@bundestag.de](mailto:martin.patzelt@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

[martin.patzelt.ma04@bundestag.de](mailto:martin.patzelt.ma04@bundestag.de)

geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt

Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
[martin.patzelt@bundestag.de](mailto:martin.patzelt@bundestag.de)

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft

Am 13. Februar 2017 lud Cemile Giousouf, Mitglied des Bundestages und Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, zu einem Fachgespräch über „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft“ ein. Es ging hauptsächlich um den aktuellen Antisemitismus an unseren Schulen. Politische Konflikte aus dem Nahen Osten werden nämlich eins zu eins auf Schulhöfen oder im Unterricht ausgegossen – dies oft nicht nur verbal.

Da Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Kulturen sehr wichtig. Gerade die starke Nachfrage nach interkulturellen Lehrerfortbildungen zeigt, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer Hilfe suchen. Sie müssen grundsätzlich befähigt werden, mit Vielfalt umzugehen und antisemitische Einstellungen in Bezug auf den Nahostkonflikt zu thematisieren und verurteilen zu können.

Dies wird verstärkt durch eine zunehmende Zahl an muslimischen Schülerinnen und Schülern, die antisemitische Stereotype meist im Elternhaus erfahren – sogar noch über die dritte und vierte Generation der Einwandererkinder hinweg.

Curricula und Unterricht sollten daher die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigen und Schülerinnen und

Schülern die Möglichkeit bieten, sich eine politische Meinung entlang demokratischer Richtwerte bilden zu können. Schließlich können antisemitische Äußerungen, so Daniel Botman, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, als antidemokratische oder verfassungsferne Äußerungen betrachtet werden. Anknüpfungspunkte bilden vor allem historisch-politische Fächer, Religionsunterricht sowie Fächer und Projekte im Themenkreis von Philosophie und Ethik.

Die Organisationen „Dialog macht Schule“ und „Teach First Deutschland“, welche unter anderem bei dem Gespräch vertreten waren, leisten außerdem einen sinnvollen Beitrag zur politischen Bildung. Sie holen Schülerinnen und Schülern auf einem niedrighwelligen Level

ab und bieten ihnen eine Plattform, wo sie ihre Gefühle und Einstellungen gegenüber anderen Kulturen und Religionen hinterfragen und offen darüber sprechen können. Dadurch werden Vorurteile abgebaut, Gemeinsamkeiten hervorgehoben und das gegenseitige kulturelle Verständnis gestärkt.

Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche sich mit der Shoah und dem Holocaust beschäftigen, auch wenn sie im Elternhaus keine Berührungspunkte damit haben – eben weil es Teil der deutschen Geschichte ist und sich hier nicht wiederholen darf. Viel schwieriger ist es, einen Zugang zu Erwachsenen zu finden, um sie für die Thematik der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren.

## Das Freiheits- und Einheitsdenkmal kommt

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin kommt so wie vom Deutschen Bundestag 2007 und 2008 beschlossen. Wir wollen sowohl am Standort als auch an dem Siegerentwurf "Bürger in Bewegung" festhalten.

Es war und bleibt eine Initiative von CDU und CSU mit diesem Denk-

mal an die friedliche Revolution von 1989 und die gesamte positive Freiheits- und Einheitsgeschichte Deutschlands zu erinnern. Die Baugenehmigung liegt vor. Daher sollte der schwierige jahrelange Weg dorthin nun bald mit einem Spatenstich quitiert werden.